Messervorfall in Leipziger Straßenbahn: Angeklagter bestreitet antikurdischen Hintergrund

Von **Lucas Böhme**
27. Oktober 2026 0 736



Der mutmaßliche Messerstecher (21, re.) am Dienstag neben seinem Anwalt Erik Bergmüller im Landgericht Leipzig. © Lucas Böhme

Mit einem Messerangriff in einer Leipziger Straßenbahn befasst sich seit Dienstag, dem 27. Oktober, das Landgericht. Bei dem Vorfall Ende Januar war ein heute 31 Jahre alter Kurde erheblich verletzt worden, der hernach erklärte, aufgrund seiner Herkunft provoziert und angegriffen worden zu sein. Einer der mutmaßlichen Täter, dem nun der Prozess gemacht wird, widersprach dieser Darstellung.

Dilan M. *(Name geändert)* sitzt an diesem Dienstagmorgen mit ernstem Blick neben seiner Anwältin als Opfer und Nebenkläger im Landgericht Leipzig, nur wenige Meter gegenüber von jenem Mann, der ihn Anfang des Jahres gemeinsam mit einem Komplizen brutal attackiert haben soll. Staatsanwalt Christian Kuka wirft dem 21-jährigen Ahmad A. gefährliche Körperverletzung, Bedrohung, versuchte schwere Körperverletzung, besonders schwere räuberische Erpressung, Beleidigung und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte vor.

„Wir töten alle kurdischen Menschen“

Es war am 26. Januar 2026 gegen 23:20 Uhr, als der junge Syrer gemeinsam mit einem gesondert verfolgten Landsmann das spätere Opfer in einer Straßenbahn der Linie 16 Richtung Lößnig zunächst verbal provoziert und schließlich angegriffen haben soll. Gegenüber der taz äußerte sich der Geschädigte Dilan M., der in kurdischen Gebieten des Iran aufwuchs, dass er sich an der Zentralhaltestelle vor dem Leipziger Hauptbahnhof mit einem Freund auf Kurdisch über Rojava ausgetauscht habe, dann allein in die 16 gestiegen sei – und dort die Blicke zweier junger Männer spürte.

Das Duo habe mit üblen Kommentaren provoziert, Sexismus und Vernichtungsphantasien gegenüber Kurden geäußert. Die Drohung „Wir töten alle kurdischen Menschen“ soll gefallen sein, so steht es auch in der Anklageschrift. Als er in der Tram ein paar Meter wegging, so Dilan M., seien ihm die jungen Männer gefolgt, hätten ihn bedrängt, zum Ausstieg aus der Bahn aufgefordert und ihre Messer gezeigt.

An der Haltestelle Bayerischer Bahnhof sei die Situation eskaliert: Mit Schlägen und Stichen wurde Dilan M. laut Anklage traktiert, sei gefallen, dann panisch aus dem stehenden Fahrzeug geflüchtet und wieder zurückgekehrt, da er das Täterduo nicht abschütteln konnte. Dieses habe kurz vor Eintreffen der Polizei noch Geld, Bankkarte und Dokumente von ihm geraubt.

Nach Überzeugung von Dilan M. ein Tarnmanöver, um das eigentliche Motiv, die antikurdischen Ressentiments, zu verschleiern: „Die hatten ja ein Problem damit, dass ich Kurde bin. Die wollten nicht mein Geld“, so der heute 31-Jährige zur taz.

Daumen des Opfers wurde abgetrennt

Dem Mann, der seit einigen Jahren in Deutschland lebt, wurde bei dem brutalen Übergriff ein Daumen abgetrennt und im Krankenhaus wieder angenäht.

Außerdem erlitt er nach Gerichtsangaben Messerstichverletzungen an beiden Händen sowie Schnittverletzungen am rechten Unterarm, mit dauerhaften Bewegungseinschränkungen und Taubheit an einzelnen Fingern. Ein medizinisches Gutachten, ob und inwieweit er Hände und Finger in Zukunft wieder gebrauchen kann, wird dieser Tage erwartet. In psychologischer Behandlung befindet sich Dilan M. bis heute.

Angeklagter: Habe kein Problem mit Kurden

In einer Erklärung seines Verteidigers Erik Bergmüller räumte der Angeklagte Ahmad A. am Dienstag die Begegnung mit dem Geschädigten und den Raub ein. Es sei ihm aber wichtig zu betonen, dass er weder mit Kurden noch mit dem Opfer persönlich ein Problem habe.



Solidaritätsdemo für Rojava Ende Januar 2026 in Leipzig: Der Konflikt um die kurdisch-syrische Region findet tausende Kilometer entfernt statt, bringt aber auch hier viele Menschen auf die Straße. Auch das Opfer im aktuellen Fall ist Kurde und führt den Übergriff auf seine Herkunft zurück. Der Angeklagte streitet dies ab. © Lucas Böhme

Am Tatabend sei er mit einem Bekannten unterwegs gewesen, habe dessen Konversation mit einem Dritten mitgekriegt, in der beleidigt worden sei. Schließlich sei es zu einem Gerangel mit Messer gekommen, in dessen Verlauf er selbst auch durch eine Schnittwunde verletzt wurde, so der 21-jährige Syrer, der vor knapp zwei Jahren nach Deutschland kam.

Laut eigener Angabe schlug er sich hier mit Gelegenheitsjobs durch, konsumierte häufiger Alkohol und Betäubungsmittel. Auch kurz vor dem Tatgeschehen habe er mit seinem Begleiter zwei Flaschen Goldbrand geleert.

Maximal acht Jahre Gefängnis?

Nach dem Straßenbahn-Vorfall war er gefasst und kurz darauf wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Seit Mai sitzt Ahmad A. in Untersuchungshaft, sein mutmaßlicher Mittäter wurde auch ermittelt. Die Anklage wirft A. zusätzlich schwere räuberische Erpressung gegenüber einem Passanten in der Richard-Wagner-Straße Ende Februar sowie Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte vor, weil er sich in dem Zusammenhang gegen die Identitätsfeststellung durch die Polizei massiv gewehrt habe.

In einem nichtöffentlichen Rechtsgespräch der Prozessbeteiligten wurde am Dienstag der Vorschlag unterbreitet, zumindest diese Verfahren einzustellen. Für den Vorfall in der Straßenbahn könnten den Angeklagten unter bestimmten Voraussetzungen maximal acht Jahre Haft erwarten. Diese Option solle geprüft werden, sei aber noch keine konkrete Verständigung, so der Vorsitzende Richter Rüdiger Harr.

Für den Prozess, der am Dienstag mit Zeugenvernehmungen fortgesetzt wurde, sind noch vier Verhandlungstage bis zum 24. November geplant.